



www.bb-goettingen.de

Basisdemokratisches Bündnis

fragend schreiten wir voran

Editorial

Hallo, liebe Mitstudis und insbesondere liebe Erstsemester,

Die künftige Regierung wird „Steuern, Abgaben und Lohnkosten senken (...) und vor allem die Arbeitswelt flexibilisieren“. Dieses Leitmotiv, entnommen der Regierungserklärung 1996 von Helmut Kohl, wird auch das Leitmotiv der CDU-SPD Regierung sein, weil es dies schon war als sie noch getrennt voneinander regiert haben. Kohl senkte in diesem Sinne den Spitzensteuersatz und verringerte die Bezugsdauer und Höhe der Arbeitslosenunterstützung. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe verhinderte die SPD seinerzeit im Bundesrat. Das wollte die mit Hartz IV lieber selber machen. Zugleich senkte sie den Spitzensteuersatz weiter. Beide Regierungen wollten durch diese Maßnahmen die Arbeitslosigkeit senken. Bei beiden ist sie gestiegen. Dafür hat die Armut weiter zugenommen. Der durchschlagende Erfolg besteht in dem radikalen Abbau sozialer Leistungen und dem konsequenten Rückbau der sozialen Infrastruktur - zu der auch die Unis zählen.

Seitdem man in den Sondierungsgesprächen über Sachfragen spricht, hat sich das Klima merklich verbessert. Wahrlich: wir waren Zeugen einer Richtungs-wahl! Dass CDU und SPD zukünftig gemeinsam den Sozialstaat durch Abbau erhalten, lässt nur deshalb hoffen, weil große Koalitionen oftmals wenig arbeitsfähig sind und wichtige soziale Kräfte gegen eine CDU-geführte Regierung eher opponieren, als gegen eine SPD-geführte.

Wir Studierenden müssen damit rechnen, dass die Kürzungen an den Hochschulen weiterhin mit dem Sachzwang der leeren Kassen legitimiert werden. Eine weitere Etappe stellt der Zukunftsvertrag dabei dar (siehe rechts). Die Beschneidung studentischer Rechte geht ebenfalls weiter voran (Seiten 9 und 10). Zu guter Letzt möchte die NPD durch Göttingen marschieren. Darüber, über die Gegenaktivitäten und über den ganz normalen Rassismus in Deutschland lest ihr mehr auf den Seiten 2 bis 9. Aktuelle Infos und ältere Artikel und Analysen findet ihr auf www.bb-goettingen.de

Wir wünschen Euch viel Spaß im neuen Semester.

Zukunftsvertrag – Weitere Kürzungen an den Unis

Am 12.7. hat die Landesregierung mit den VertreterInnen der Niedersächsischen Hochschulen den so genannten Zukunftsvertrag unterzeichnet. Dieser sieht v.a. die Zurückhaltung von Mitteln vor, die den Hochschulen bereits zuge-

sagt waren (Berufungs- und Innovationsfond). Zusätzlich müssen Tarifsteigerungen bis zu 0,8% von den Universitäten erbracht werden. Neu eingerichtete Stellen werden ebenfalls von der Uni bezahlt. Einen Inflationsausgleich gibt es auch nicht und Gebäudesanierungen bezahlt die Uni. Die Landesregierung verspricht aber, das was dann übrig bleibt tatsächlich zu überweisen – wenn der Haushalt es zulässt. Alles in

dem liegt der Betrag, der von der Landesregierung in den nächsten vier Jahren auf Kosten der Hochschulen eingespart werden kann, bei ca. 160 Mio. Euro.

...Seite 2



■ 29.10: Nazi-Aufmarsch stoppen (Seiten 2-9)

- **Studiengebühren** – Studienanfängerzahlen gehen zurück (Seite 2)
 - **Nazis und Innere Sicherheit** – Wie die Polizei die Nazis 'begleitet' (Seite 4)
 - **Antifaschistischer Kalender** – Termine gegen den Nazi-Aufmarsch (Seite 5)
 - **Deutsche Zustände** – Wie Menschen verschleppt werden (Seite 6)
 - **Bist du Deutschland?** – von nationalistischer Duselei (Seite 8)
 - **Alpenmax** – Rassismus an der Eingangstür (Seite 8)
 - **„Alles abreißen!“** – Plakatierverbot an der Uni (Seite 9)
 - **Termine** – Veranstaltungen in den nächsten Wochen (Seite 10)



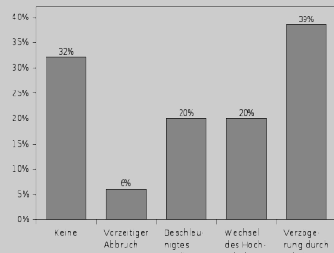
...in dieser Ausgabe

Umfrage zu Studiengebühren

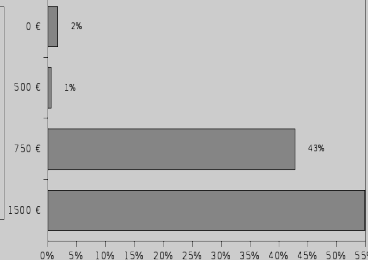
Studierende der Gruppe Norduni-Aktiv führten vom 6. bis 8. Juli eine Umfrage vor der Nord-Mensa durch, um zu erfahren, wie Studierende ihre Zukunft mit Studiengebühren und die Zukunft von Studiengebühren sehen. Hier ein paar Auszüge. Eine vollständige Auswertung gibt es hier:

www.bildungsklausur.de/node/168

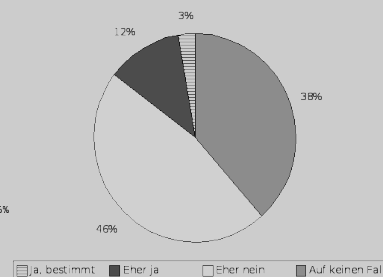
Welche Konsequenzen hätten Studiengebühren auf Deinen weiteren Studienverlauf?



Wie schätzt Du die Entwicklung der Höhe der Studiengebühren ein?



Glaubst Du, dass Studiengebühren tatsächlich die Studienbedingungen verbessern, statt nur die sinkenden Landesmittel aufzuwiegen?



Fortsetzung von Seite 1

Studiengebühren sollen im Wintersem. 2006/07 kommen

Die Hochschulleitungen zahlen damit den Preis für ihren willfährigen Einsatz für Studiengebühren. Für die Studierenden zeigt sich, dass ihr Protest gegen Studiengebühren intensiviert werden muss. Die aktuelle Kürzungsrunde ist aufs engste verknüpft mit der geplanten Einführung von bis zu 500 Euro Studiengebühren zum Wintersemester 06/07. Sie wird neben der "Garantie" für die Kürzungen im Zukunftsvertrag festgeschrieben. Das ist nur logisch. Nach diesen Kürzungen wären die Hochschulen ohnehin nicht mehr arbeitsfähig gewesen und so lässt es sich wie ein Hohn, wenn nun verkündet wird, die Gebühren kämen ausschließlich Studium und Lehre zu Gute. Ohne die Gewissheit, die Gebühren im übernächsten Semester einführen zu können, wäre es der Landesregierung gar nicht möglich gewesen, die Hochschulen derart handlungsunfähig zu sparen. So wird den Hochschulen schon jetzt das Geld genommen, das sie ab dem Wintersemester 06/07 erhalten werden. Die Landesregierung beweist damit einmal mehr, dass sie nur durch massiven Druck von ihren Plänen abzubringen ist. Solange ein solcher fehlt, ist sie zu immer weiteren Unverschämtheiten bereit. Dass die Hochschulleitungen sich für dieses Spiel so bereitwillig hergeben und in schlimmstem orwellischem Neusprech von "Planungssicherheit" sprechen, disqualifiziert sie als Gesprächspartner endgültig. Nach Informationen der 'Neuen Presse' vom 12.07.05 hatten die Hochschulrektoren damit gedroht die Einführung von Studiengebühren zu blockieren, wenn auf ihre Forderungen nicht eingegangen wird. Das zeigt zweierlei: Erstens können die Unileitungen sich gegen die geplanten Studiengebühren wehren, und sind der Gesetzgebung nicht so hilflos ausgeliefert, wie dies gern von Herr v. Figura kolportiert wird. Zweitens nutzen die Unileitungen den Geldbeutel ihrer Studierenden als Druckmittel, wenn es ihnen in den Kram passt.

Studiengebührenpläne schrecken ab

Inzwischen zeigen die Diskussionen um Studiengebühren erste Wirkungen. Die Zahl der Neumatrikulationen ist erstmals seit mehreren Jahren wieder rückläufig. 22% von denen, die lieber von einem Studium absehen, gaben bei einer Umfrage der Kultusministerkonferenz die mögliche Einführung von Studiengebühren als Hinderungsgrund an. kallekunkel@gmx.de

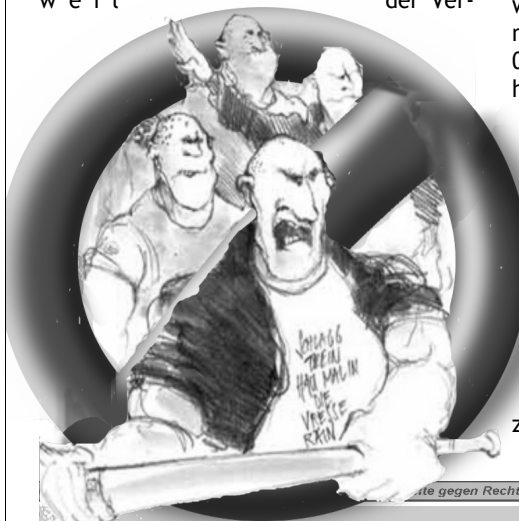
Naziaufmarsch stoppen

Am 29. Oktober will die NPD zusammen mit den sogenannten freien Kameradschaften durch Göttingen marschieren. Im Gegensatz zu der Praxis der letzten Jahre, hat die Stadtverwaltung ihnen hierfür eine Route angeboten, die durch viele stark bewohnte Viertel und auch am Campus vorbei führt.

Noch 2002 hatte sie der NPD eine Route jenseits der Bahnlinie zugewiesen, sodass der Aufmarsch in einem relativ unbesetzten Viertel stattfand. Wahrgenommen vor allem von denen, die gekommen waren, um den Aufmarsch zu verhindern. Dieses Jahr sieht es anders aus. Das zeigt an, dass die NPD in den letzten Jahren erstarkt ist. Seit dem gescheiterten Verbotsantrag und ihrem Einzug in den sächsischen Landtag mit fast 10% der Sitze tritt die NPD zunehmend selbstbewusster auf. Das ist insbesondere deshalb brisant, weil

der Verbotsantrag erst gescheitert ist, nachdem das Bundesverfassungsgericht bezweifelte, ob die NPD all das was ihr vorgeworfen wurde auch hätte tun können, wenn sie nicht so massiv vom Verfassungsschutz unterstützt worden wäre.

Nun bekommen die Nazis also die Möglichkeit ihre Forderung nach 'Ruhm und Ehre für die Waffen SS', 'Arbeit zuerst für Deutsche' oder wahlweise ganz programmatisch 'Deutschland den Deutschen - Ausländer Raus', einer breiteren Öffentlichkeit nahe zu bringen. Geschützt werden sie dabei von der Polizei, die zumindest die letzte Forderung an die 50 000 mal im Jahr in die Tat umsetzt. So hoch ist mittlerweile die Zahl der jährlichen Abschiebungen in Deutschland. Dementsprechend weist das Bündnis aus Kirchen, Gewerkschaften und weiteren Gruppen, das zu den Gegenaktivitäten aufruft mit Recht darauf hin, dass diese Politik und die mit ihr einher gehenden Kampagnen gegen sog. 'Asylbetrüger' und 'Wirtschaftsasylanten' Wasser auf die Mühlen der Nazis sind. Was die Forderung bezüglich der Arbeit angeht, welche Deutsche zuerst bekommen sollen, sind die Nazis



Argumente gegen Rechts

Wenn die Nazis ankündigen, durch Göttingen zu marschieren, dann rührt sich allenthalben der Widerstand. Bis hin zur CDU gibt es einen gewissen Unmut darüber, dass die Damen und Herren Menschenfeinde die heimischen Straßen abzunutzen angekündigt haben. Die Kritik an den Parolen, mit denen die Nazis zu Punkten versuchen, bleibt dabei allerdings eher dürftig. Ganz im Gegenteil

lässt sich immer wieder feststellen, dass weite Teile der Nazi-Propaganda mittlerweile schon im gesellschaftlichen Mainstream angekommen sind. Darum hier eine kleine antifaschistische Argumentationshilfe.

Hier abgedruckt ist eine gekürzte Fassung der Argumente, die in voller Länge auf unserer Homepage zu finden sind: <http://www.bb-goettingen.de/?npage=230>

AStA nicht im Bündnis gegen Rechts

Der Aufruf, der von über 60 Organisationen, von der katholischen Kirchengemeinde bis zur SPD Ratsfraktion, unterstützt wird, fand nicht das Wohlgefallen des AStA. Er folgt damit dem CDU-Ortsverband, der sich nach eigenen Angaben daran gestoßen hat, dass in dem Aufrufstext des Bündnisses ein Zusammenhang zwischen der Abschiebung von ausländischen Menschen und Ausländerfeindlichkeit hergestellt wird. CDU und AStA sind damit die einzigen großen zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich dem breiten Bündnis gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit verweigern.

Den Aufrufstext samt UnterstützerInnen-Liste des Bündnisses gegen Rechts gibt es hier:
<http://www.goest.de/rechtsradikalism.htm#aufruf>

Wir dokumentieren hier die Presseerklärung des Bündnis gegen Rechts, zu diesem Vorfall und den Falschmeldungen, die der AStA hierzu verbreitet. (nachzulesen unter <http://asta.uni-goettingen.de>):

Pressemitteilung des Bündnisses:

Mit Verärgerung haben VertreterInnen des Bündnisses gegen Rechts, dass die Gegenaktivitäten anlässlich des geplanten NPD Aufmarschs am 29.10 organisiert, auf Erklärungen des AStA der Universität zu dessen Nichtbeteiligung am Bündnis reagiert. Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wenn behauptet wird, die im Bündnis vertretenen Organisationen hätten den AStA aus dem Bündnis ausgeschlossen. Richtig ist, dass der AStA, genau wie die CDU, sich aufgrund inhaltlicher Differenzen nicht an dem von 60 Organisationen getragenen Aufruf beteiligen konnte, erklärt *Martin Gertenbach* (DGB-Regionsvorsitzender) im Namen des Bündnisses. *Gertenbach* weiter: "Der Aufruf ist das Ergebnis einer langen und demokratischen Debatte gewesen. Er stellt einen Kompromiss dar, bei dem viele Beteiligte von ihren ursprünglichen Positionen abgewichen sind. Die inhaltlichen Differenzen mit dem AStA und dessen Beharren auf seinen Positionen haben dazu geführt, dass der AStA Vorsitzende eine Beteiligung am Bündnis ausgeschlossen hat. Somit ist klar, dass nicht das Bündnis den AStA ausgeschlossen hat, sondern das dieser selbst entschieden hat, nicht Teil des Bündnisses zu sein."

Aufgrund der Beteiligung etlicher studentischer Gruppen am Bündnis ist dieses trotz der Haltung des AStAs davon überzeugt, dass sich viele Studierende an den geplanten Aktivitäten beteiligen werden.

auch damit zu spät dran. Die hat der rot-grüne Gesetzgeber nämlich längst mit dem Vorrangigkeitsprinzip nach § 39 Abs. 2 Nr. 1 des Aufenthaltsgesetzes umgesetzt.

Bei allen - durchaus entscheidenden - Unterschieden zwischen der sogenannten bürgerlichen Mitte und den Nazis stehen diese doch in einem Verhältnis wechselseitiger Beeinflussung. So leiteten die Anschläge auf Asylbewerberheime in Rostock Lichtenhagen Anfang der 90er Jahre eine Debatte unter der Überschrift „Das Boot ist voll“ ein, an deren Ende der sog. Asylkompromiss stand, mit dem das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft wurde. (Die Anerkennungsquote für Asylanträge liegt seitdem trotz jährlich sinkender Antragszahlen bei 5%).

Jedoch: Obwohl die Anliegen der Nazis den etablierten Politikern, die sie aus ihrer Stadt gerne fern halten, nicht grundsätzlich fremd sind, ist es doch wichtig, den Nazis ihren Aufmarsch durch ein breites Bündnis unmöglich zu machen. Denn sie sehen in ihren Aufmärschen immer auch Kraftproben darüber, wie groß der Widerstand ist, der ihnen entgegen gesetzt wird. Und es ist wichtig zu zeigen, dass dieser massiv ist. Denn was es bedeutet, wenn Nazis sich in einer Stadt anfangen heimisch zu fühlen, kann in den „national befreiten Zonen“, die vornehmlich in den neuen Bundesländern liegen, gut studiert werden.

Wo Nazis das Gefühl haben, ungestört agieren zu können, wird das Leben für Menschen, die von den durch sie gesetzten Normen abweichen mehr als ungemütlich. Die ‚falsche‘ Frisur, das ‚falsche‘ Outfit und erst recht die ‚falsche‘ Hautfarbe, wird dann zu

einer direkten Bedrohung für die eigene Gesundheit. Auch in Göttingen waren Übergriffe durch militante Nazis in den 80er und 90er Jahre weitaus häufiger, als dies aus heutiger Perspektive möglich erscheint. Nur ein breites gesellschaftliches Bündnis und eine konsequente antifaschistische Politik haben daran etwas ändern können.

In der Umgebung von Göttingen - etwa im Eichsfeld oder in Northeim - gibt es jedoch noch immer aktive Nazistrukturen, die recht unbehelligt agieren können. In Leinefelde - 30 Bahnminuten von Göttingen entfernt - konnte letztes Jahr der bundesweite NPD-Parteitag stattfinden, ohne dass es nennenswerte Proteste gab. In Northeim treibt die ‚Kameradschaft Northeim‘ ihr Unwesen, deren Führer Thorsten Heise eine zentrale Figur bei der Zusammenarbeit zwischen militanten Kameradschaften und der NPD mit ihrem ‚legalistischen‘ Kurs ist. Er wurde auf besagtem Parteitag in den Vorstand der NPD gewählt.

Nun versucht die NPD auch in Göttingen wieder vermehrt Fuß zu fassen. Dies muss unter allen Umständen verhindert werden. Nicht um das Image der Stadt zu schützen, wie einige argumentieren, sondern, damit hier weiter ein Klima herrscht, in dem anders Denken und anders Aussehen nicht zur persönlichen Gefahr werden, und um zu zeigen, dass Rassismus bekämpft gehört, weil der Anspruch auf ein Leben in Würde unteilbar ist.

Außerdem gibt es unter der Tel. Nummer 0163/414927 ständig Informationen über die Nazidemo, die helfen sollen, damit ihr Route der Nazis blockieren könnt.

info@bb-goettingen.de

„Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“

Während es in den 80er Jahren noch dem rechten Rand des politischen Meinungsspektrums vorbehalten war, „Stolz auf Deutschland“ zu sein, so ist diese Parole mittlerweile in die Mitte der Gesellschaft eingesickert. Quer durch Parteien und Uniseminare wollen alle endlich wieder Stolz sein auf Deutschland - aber warum eigentlich?

Schließlich ist dieser Satz bei näherer Betrachtung von vorne bis hinten unlogisch. So macht Stolz natürlich erstmal nur Sinn, wenn es um eine Leistung geht, an der man selbst

beteiligt ist. Auf der anderen Seite wird sich aber gerade deshalb aufs Deutschsein bezogen, weil es irgendwas mit Geschichte, Abstammung, Sprache und dergleichen Klimbim zu tun haben soll, für den der oder die Einzelne ja nun erstmal reichlich wenig kann.

Und überhaupt sind das keine Dinge, die objektiv so etwas wie eine „nationale Besonderheit“ begründen können. Weder decken sich Sprache und Nation, noch lassen sich wirklich sinnvolle Aussagen über die Abstammung machen - oder glaubt hier jemand an das Deutschland-Gen?

Doch davon ganz ab: worauf bitte will der gute Deutsche stolz sein? Auf den Massen-

mord an den Herero? Auf die Niederschlagung des Boxerstandes? Auf Auschwitz? Auf die Wiederbewaffnung und den Jugoslawienkrieg? Einige meinen, die soziale Marktwirtschaft oder die Nicht-Teilnahme am Irak-Krieg würden sich da anbieten. Doch die erste funktioniert auch nur so lange, wie Deutschland durch günstige „Terms of Trade“ vom Hunger im Trikont profitiert und an letzterem konnte Schröder ohnehin nicht teilnehmen, weil die ganzen Soldaten noch in Jugoslawien stehen.

Literatur zum weiterlesen:

Mythen der Rechten. Nation, Ethnise, Kultur.
Müller, Jost, Berlin 1995

Nazis und innere Sicherheit

Wenn NPD, Freie Kameradschaften und andere Neonazis am 29. Oktober durch Göttingen marschieren, dann wird ein Großaufgebot von Bereitschaftspolizei, Bundespolizei und Polizeisondereinheiten ihnen die Demonstrationsroute absperren, versuchen einen ungehinderten Demonstrationsfluss zu gewährleisten und eventuell auch gegen AntifaschistInnen und ihren Protest vorgehen.

Solche Polizeiaufgebote werden legitimiert mit dem Hinweis, die Polizei hätte die Aufgabe, das im Grundgesetz festgeschriebene Recht auf Versammlungsfreiheit auch Faschisten und Neonazis zu gewähren. (siehe Kasten rechts)

Besonders selbstbewußt treten NPD und mit ihr assoziierte und/oder agierende Gruppen seit der Ablehnung des vom Bundestag initiierten Verbotsantrags durch das Bundesverfassungsgericht auf. Ihre Möglichkeiten, Kundgebungen und Aufmärsche trotz Verbot vor Gericht einklagen zu können, haben sich seit dieser Adellung zur quasi-demokratischen, da nicht verbotenen Partei, enorm erhöht und von dieser Möglichkeit macht die NPD nun auch ausgiebig Gebrauch.

Die Chancen, Naziaufmärsche bereits im Vorfeld auf rechtllichem Wege gar nicht erst stattfinden zu lassen, ist dadurch enorm gesunken. Oder es wird, wie diesmal in Göttingen seitens der Stadtverwaltung, erst gar nicht versucht. Damit hat sich bereits eine gefährliche vorsichtige Akzeptanz faschistischer, rassistischer, antisemitischer und demokratiefeindlicher Inhalte im öffentlichen Raum entwickelt.

Berlin is in Germany - Braunschweig too

Aber auch wenn Nazis marschieren, spielen offizielle Organe eine wichtige Rolle dabei die (rechtsstaatliche) Akzeptanz rechter und rechtsradikaler Positionen zu fördern. Eine Schlüsselpositionen haben hierbei die vor Ort zusammengezogenen Polizeieinheiten. Wie diese sich vor Ort verhalten, hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Möglichkeit und auch Bereitschaft von Neonazis, ihre Positionen und Inhalte in der Öffentlichkeit zu setzen. Ausmaß und Art der Polizeieinsätze hängen dabei sowohl (und vielleicht vor allem) von dem Willen und Absichten der politisch Verantwortlichen ab. Auch von der Einschätzung, der Einstellung und Handlungsbereitschaft und den daraus resultierenden Handlungen der Polizeikräfte vor Ort (dem so genannten Ermessensspielraum). Nicht zuletzt von den Entscheidungen und Handlungen jedes einzelnen Beamten vor Ort hängt dies ab. Hierzu einige Beispiele aus der nahen Vergangenheit:

Als bekannt wurde, das am 8. Mai, dem Tag des Sieges der Alliierten über Deutschland, und damit dem Tag der Befreiung der Welt vom nationalsozialistischen Terror, die NPD, freie Kameradschaften und Angehörige verschiedener anderer Naziorganisationen aus dem In- und Ausland durch Berlin marschieren wollten, war der

Aufschrei in der Republik groß. Nicht zuletzt das enorme Interesse internationaler Medien war ausschlaggebend dafür, das Bundesparlament und bundesrepublikanische Öffentlichkeit darüber diskutierten, wie man dem begegnen könnte. Den Aufmarsch von vornherein verbieten zu

Artikel 8 I GG ist ein, von der Verfassung garantiertes Grundrecht, welches allen Deutschen die Möglichkeit eröffnet, an Demonstrationen teilzunehmen. MigrantInnen können sich dabei auf das schwächere Auffanggrundrecht des Art. 21 GG (Freie Entfaltung der Persönlichkeit) berufen, welches jedoch einen nicht so weit reichenden Grundrechtsschutz gewährt. Die Versammlungsfreiheit unterliegt aber gewissen Einschränkungen des Versammlungsgesetzes. Nähere Infos:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Versammlungsgesetz>

<http://www.bundesregierung.de/Gesetze/Grundgesetz-4245/1.-Die-Grundrechte.htm>

http://www.bundestag.de/bic/analysen/2005/2005_02_17c/2005_02_16.pdf

lassen, schien den „Verantwortlichen“ allerdings nicht aussichtsreich, er war schließlich angemeldet und formaljuristisch in Ordnung. Vielmehr wollte man mit einem „Fest der Demokratie“ von offizieller Seite Akzente gegen Nazis fernab von deren Versammlungsplatz und Marschroute setzen.

Dennoch gab es an diesem Tag viele, die sich an Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch beteiligen und sich den Nazis in den Weg stellen wollten. 15.000 Menschen blockierten später erfolgreich Straßen und Plätze, die sich in unmittelbarer Nähe zum Alexanderplatz befanden, auf dem sich etwa 2200 Nazis versammelten, und verhinderten so, dass diese sich in Bewegung setzen konnten. Durchaus ein Erfolg, der aber auf Grund der rigorosen Abschottung des Alexanderplatzes, der moderat agierenden Polizeikräfte und den Bekundungen seitens der Politik, absehbar war und eingeplant wirkte. Polizeipräsident Glietsch erklärte später, wegen der vielen Gegendemonstranten sei eine friedliche Durchführung des NPD-Aufmarschs nicht mehr gewährleistet gewesen. „Ein Durchprügeln wäre unverhältnismäßig gewesen.“ Es hätte auch nicht gut ausgesehen. Es muß klar herausgestellt werden, dass es sich dabei um eine politisch gewollte Verhinderung des Aufmarsches handelte.



„Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!“

Die nicht nur bekannteste, sondern wohl auch platteste Parole aus dem veritablen Nazi-Jargon. Aber was will sie uns sagen? Sie kommt sogar ganz ohne Verb aus. Das Ganze wird erst klar, wenn wir den zweiten Satzteil dazunehmen, auch (oder grade) weil er als deren Konsequenz daherkommt: Weil

Deutschland den Deutschen, deshalb Ausländer raus. Das faszinierende an dieser Forderung ist, das sie völlig ohne Begründung auskommt. Ganz so als wäre es eine Selbstverständlichkeit, das alle AusländerInnen ausnahmeslos deutschen Boden zu verlassen haben. Worin soll hier eigentlich die behauptete Unverträglichkeit zwischen den Deutschen und den AusländerInnen bestehen?

Wovon der erste Teil des Satze lebt, ist die Entscheidung, von Unterschieden zwischen den Deutschen abzusehen. Da mögen sich StudentInnen und Univerwaltung, ProfessorInnen und Landesregierung, ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen, MieterInnen und VermieterInnen, SchülerInnen und LehrerInnen Tag für Tag in gar nicht so freundlichen deutschen Worten (die ja angeblich ihre Gemeinsamkeit ausmachen) ihre Gegensätze

In anderen Städten, in denen die NPD marschierte, ergab sich häufig ein ganz anderes Bild. Beispielhaft hierfür ist das Vorgehen der Polizei bei den NPD-Demonstrationen in Braunschweig am 18. Juni und in Oldenburg am 3. September. In Braunschweig kam es während des Umzugs von ca. 300 Neonazis wiederholt zu friedlichen (Sitz-)blockaden, bei denen sich insgesamt etwa 3000 Menschen beteiligten. Im Gegensatz zu Berlin kesselte in Braunschweig die Polizei die Gegendemonstranten mit mehreren Reihen, ließ jede Blockade gewaltsam räumen und setzte dabei auch Wasserwerfer, Schlagstöcke, Pferde und rigide ihre eigenen Körper ein (Treten, Schlagen). Der Befehl, den Aufmarsch der Nazis durchzuprügeln, wurde an diesem Tag direkt aus dem Innenministerium des Landes Niedersachsen gegeben. Aber auch die Einsatzkräfte vor Ort entschieden sich für ein solches Vorgehen: Nachdem mehrmals die Möglichkeit bestanden hätte die Nazidemo aufzulösen und die Nazis nach Hause zu schicken (der Demozug der Nazis wurde teils stundenlang gestoppt). Stattdessen wurden Verletzungen und Einschränkungen der Freiheit vieler Gegendemonstranten billigend in Kauf genommen.

It's the economy, stupid!

Aber warum bringt der Staat seine Polizeiorgane manchmal aggressiv gegen AntifaschistInnen in Stellung und manchmal nicht? Die Entscheidung Naziaufmärsche auch gegen berechtigten Widerstand durchzusetzen, ist für Staatsorgane immer auch verknüpft mit Fragen der Staatsräson, der Wahrnehmung im In- und Ausland, Standortfragen und nicht zuletzt mit wirtschaftlichen Interessen. Genau an diesem Punkt schließt sich der Kreis in Bezug auf die Demonstration der Nazis in Berlin und der Intention der Parlamentarischen Kräfte. Denn dabei ging es nicht darum, deutlich zu machen, dass der nationale Chauvinismus auf den Mülleimer der Geschichte gehört, sondern dass es auch einen aufgeklärten Nationalismus Marke BRD gibt, der sich mit seiner Vergangenheit auseinandergesetzt und somit die Lehren daraus gezogen hat. Mit anderen Worten, Deutschland ist wieder ein netter Standort, bei dem es sich lohnt zu investieren.

Eine ähnliche Ansicht teilt übrigens der derzeitige AstA, wenn er das Ansehen der Stadt Göttingen als genuines Interesse der hiesigen Studenten verkaufen will, aus dem heraus gegen Nazis zu demonstrieren sei. Als wären Neonazis nur deswegen abzu-

lehnen, weil sie dem Standort schaden. Wer sich noch nicht eins mit seiner Uni und Stadt fühlt, sollte den Irrwitz und die Sinnlosigkeit dieser Argumentation erkennen.

Zum einen ist der 29.10.2005 kein Tag, an dem die internationale Presse da sein wird und somit nicht schon von vornherein Druck auf die Stadt ausgeübt wird, zum anderen wird in dem Dienstplan der Ordnungshüter wohl diesmal nicht stehen, dass sensible Strassen offen sind, um Göttingen ein bürgerlich antifaschistisches Antlitz zu verleihen. Wie beispielsweise in Braunschweig und Oldenburg, aber auch in anderen Orten, zu sehen war, steht die Polizei mit einer enormen Übermacht de facto für die Neonazis und gegen die GegendemonstrantInnen.

Die Polizei – Ihr Freund und Helfer?

Wenn die Einsatzleitung gefragt wird, warum die überhaupt marschieren dürfen, fällt die Antwort immer gleich aus: „Es gibt ja keine rechtliche Handhabe dafür und die Polizei muss ihren Job machen“. Das heißt, eigentlich will das Individuum im Kollektiv Polizei überhaupt nicht dort stehen wo er oder sie steht. Dennoch schafft die Institution Polizei einen Raum, in dem die Wünsche und Bedürfnisse dieses Individuums nur noch eine sehr geringe und gelenkte Rolle spielen. Die Verdinglichung des Polizeisubjekts (das heißt die Überblendung des Individuums mit der ihm zugeschriebenen Funktion) geschieht einerseits über verinnerlichte Repression, in der Abstraktion von den realen Bedingungen: „Wir machen nur unseren Job“, egal ob dabei Faschisten beschützen werden oder geholfen wird, MigrantInnen abzuschieben, etc. Andererseits über die Zurichtung des Individuums als Teil des Zwangskollektivs Polizei. Pflichterfüllung steht vor den Interessen des Individuums, welches sich gefälligst unterzuordnen hat. Die Polizei ist auch eine Produktionsstätte autoritärer Charaktere.

Doch in der Realität besitzt die Polizei einen Ermessensspielraum auch auf der Ebene der Ausführung, auch wenn dieser öfter mal zum Abreagieren von Aggressionen und Frust genutzt wird. Es bleibt abzuwarten, ob die Polizei, die in Göttingen die Nazis voraussichtlich schützen wird, eine Deeskalations- oder eine Eskalationsstrategie anstreben wird. Doch eines muss an diesem Tag deutlich werden, nämlich dass Antifaschismus nichts, aber auch rein gar nichts, mit Lokalpatriotismus und Standortinteressen zu tun hat.

Chriskrauss@gmx.de / redicalm@puk.de

Antifaschistischer Kalender

Veranstaltungen im Vorfeld des 29.10.:

14. und 15. Oktober 2005

Antifafestival - fire and flames

Junges Theater, Hospitalstraße 6
Los Fastidios, RSO, rolando random and the young soul rebels, No Respect, Brigada Flores Magon

17:00 Uhr, 15. Oktober 2005

Info- und Mobilisierungsveranstaltung gegen den Naziaufmarsch

Theaterkeller, Geismarlandstraße 19

15. Oktober 2005

Highheel QUEERulanten rocken Nazis in die Schranken!

JuZi, Bürgerstraße 41
LesBiSchwule Party gegen Rechts von Linksmasche und <ak gender>

14:00 Uhr, 20. Oktober 2005

Antirassistischer Stadtrundgang

Beginn 14 Uhr am Campus

19:30 Uhr, 20. Oktober 2005

>Nakam - jüdische Rache an NS-Tätern<

ZHG 101, Uni-Göttingen
Eine Veranstaltung der BG-Geschichte
Mit Jim Tobias & Peter Zinke

ab 20:30 Uhr, 20. Oktober 2005

Mobilisierungsjam der redical[M]

JuZi, Bürgerstraße 41
mit Mono & Nikitaman

19:30 Uhr, 25. Oktober 2005

Neonazistrukturen und antifaschistischer Widerstand in Südniedersachsen.

ZHG 101, Uni Göttingen.
Infoveranstaltung der BG-Geschichte,
Referent der A.L.I.

13:00 Uhr, 27. Oktober 2005

Uniweite Infoveranstaltung

ZHG, Uni Göttingen.

9:00 Uhr, 29. Oktober 2005

Frühstück gegen Rechts

Bahnhof

29. Oktober 2005

Nazi-Aufmarsch stoppen!

Demo 11 Uhr, Platz der Synagoge

weitere Termine auf Seite 10

mitteilen - den dumpfen Nazi ficht das nicht.

Was schon darauf hindeutet, das es durchaus eine Menge Unverträglichkeiten gibt - nur haben die eben nichts mit Herkunft oder Personalausweis der Beteiligten zu tun. Die Konflikte ergeben sich in aller Regel aus beengten Wohnverhältnissen, Stress an der Uni oder am Arbeitsplatz, Abhängigkeiten vom Hauseigentümer oder politischen Entschei-

dungen wie etwas der Kürzung oder Erhöhung von Finanzzuweisungen. Solche Konflikte spielen sich dann entsprechend ebenso zwischen In- und AusländerInnen ab wie quer durch diese Gruppierungen.

Nun lässt sich auch das grundsätzliche Problem an kollektiver Identitätsbildung erkennen: es nivelliert die konkreten Unterschiede der Menschen und wirkt tendenziell

totalitär. Das gilt beim Herbeireden von angeblichen studentischen Kollektiven (die qua Kollektivität gemeinsame Interessen haben sollen) ebenso wie beim Wahn von den Interessen des deutschen Volkes.

Literatur zum weiterlesen:

Brandstifter als Feuerwehr:
Die Rechtsextremismus-Kampagne.
Huisken, Freerk, Hamburg 2001

Deutsche Zustände

Am 24. August wurde Ahmed Saado von Düsseldorf aus mit einem Sammelflug in die Türkei abgeschoben. Zuvor war er bereits mehrere Monate in Abschiebehaft gewesen. Ahmed Saado lebte seit Jahren in Ossenfeld bei Göttingen. Seine Frau und die sieben Kinder, von denen die meisten in der BRD geboren wurden, sind nun ebenfalls von Abschiebung bedroht. Diese Situation ist keine Ausnahme sondern deutscher Normalzustand.

Ahmed und Amchi Saado lebten bis Mitte der 80er Jahre im Libanon. Sie gehören zu einer Gruppe arabischsprachiger Menschen, die (bzw. ihre Vorfahren) in der Türkei seit Gründung der Republik unter Atatürk (1923) im Rahmen von Maßnahmen zur Zwangstürkisierung verfolgt wurden und deshalb größtenteils bereits zu dieser Zeit in den Libanon flohen. Ahmed Saado selbst wurde nach dem Tod seiner Eltern im Alter von drei Jahren aus der Türkei zu seinem Onkel nach Beirut gebracht. Wie die meisten Angehörigen der genannten Gruppe erhielt er dort keine libanesischen Papiere, sondern hatte den Status eines Staatenlosen. Während des Bürgerkrieges im Libanon wurde Ahmed Saado zwangsrekrutiert. Da er versuchte sich dem blutigen Konflikt zu verweigern, wurde er mehrfach inhaftiert. Sein bester Freund starb bei Kampfhandlungen direkt neben ihm, er selbst verlor dabei einen Finger. Aus dieser Lage gelang der Familie schließlich die Flucht über die Türkei in die BRD, wo sie Antrag auf Asyl stellte.

Kreativ abschieben

Aufgrund des damals schon eng gefassten deutschen Asylrechts (inzwischen ist es faktisch abgeschafft) wurde dieser abgelehnt. Dennoch konnte die Familie, wegen des Bürgerkrieges und weil der Libanon die Wiederaufnahme der staatenlosen Flüchtlinge verweigerte, nicht abgeschoben werden. Die Bundesrepublik versuchte jedoch von Anfang an die Bürgerkriegsflüchtlinge so schnell wie möglich wieder los zu werden. Seit den achtziger Jahren gab es deshalb immer wieder Gespräche mit dem Libanon über eine „Rückübernahme“ der Geflohenen. Diese blieben für die BRD allerdings bis heute erfolglos. Daher erweiterten die Behörden Ende der Neunziger ihre Taktik. Da die Betroffenen (bundesweit 15.000-30.000) vorerst nicht in den Libanon abgeschoben werden können, sollen sie nun zwangsweise in die Türkei verbracht werden. Mittels Konstruktionen, wie sie wohl nur den Hirnen deutscher Bürokratischen entspringen können, wird den Flüchtlingen eine türkische Identität angehängt. Eine zentrale Rolle spielen dabei die teilweise in den 20er Jahren beginnenden Fluchtgeschichten der Familien sowie türkische Personenstandsregister, mit deren Hilfe die türkische Staatsangehörigkeit nachgewiesen werden soll. Da von den Eintragungen in diesen Registern jedoch auch die staatlichen Zuwendungen an die Kommunen abhängen, ist es gängige Praxis fiktive Personen einzutragen bzw. Registerinträge von Familien fortzuführen, die zum Teil schon vor Jahrzehnten die Türkei verlassen haben.

Den Ausländerbehörden bieten diese Unterlagen trotzdem eine willkommene Gelegenheit die Flüchtlinge los zu werden. Dabei zeigen die zuständigen Bürokratischen immer wieder erstaunliche Kreativität und erschreckendes Engagement. So widerlich die Ausländergesetzgebung auch ist, so bietet sie doch (noch) gewisse Handlungsspielräume. Viele SchreibtischtäterInnen betreiben Abschiebungen und die Demütigung von Flüchtlingen allerdings als persönliches Hobby und nutzen ihre Positi-

on, um ihren Rassismus offen auszuleben. Dass sie dabei vom Innenministerium gedeckt werden zeigt, dass sie damit durchaus im Interesse der Regierenden handeln und leider stoßen sie auch in Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung, die sich selbst nicht als rassistisch verstehen.

Folglich war es dann auch egal, dass Ahmed Saado an diversen Krankheiten leidet, von denen es in einer ärztlichen Stellungnahme heißt, diese könnten sich bei einer Abschiebung lebensbedrohlich verschlimmern. Eine mehrfach attestierte Suizidgefahr war ebenfalls kein Hindernis. Mitten in der Nacht wurde Ahmed Saado aus dem Abschiebeknast Hannover-Langenhagen nach Düsseldorf transportiert und von dort aus mit einem Sammelflug der LTU nach Istanbul verfrachtet. Dabei war er an Händen und Füßen gefesselt. Zusätzlich wurde ihm ein Bauchgurt angelegt, offenbar mit der Absicht ihm Schmerzen zuzufügen und dadurch Widerstand unmöglich zu machen. Zusammen mit ihm wurden 120 weitere Menschen aus verschiedenen Bundesländern abgeschoben, zum Teil direkt aus psychiatrischer Behandlung.

deportation class

Schon das Beispiel dieses Sammelfluges zeigt, dass Ahmed Saado kein „Einzelfall“ ist. Jährlich werden zehntausende Menschen aus der BRD abgeschoben, nach offiziellen Angaben gab es im Jahr 2003 allein auf dem Luftweg 23.944 sogenannte „Rückführungen“. Auch das brutale Vorgehen stellt keine Besonderheit dar. Flüchtlinge werden nachts von PolizistInnen überfallen, in Flugzeuge und damit in eins von über 120 Zielländern gebracht. Dabei wird oft massiv Gewalt angewendet. Leisten die „Schüblinge“, wie sie im Amtsdeutsch heißen, Widerstand oder gilt das als wahrscheinlich, werden sie durch das Verabreichen von Drogencocktails ruhiggestellt. Während des gesamten Fluges sind BGS-BeamtInnen anwesend, um die Abgeschobenen bei Bedarf zu misshandeln. Zukünftig sollen Flüchtlinge verstärkt mit Sammelflügen, teilweise in Kooperation

Aktiv gegen Abschiebungen:
www.aktivgegenabschiebung.de

Doku-Seite Amir Ageeb:
lola.d-a-s-h.org/~rp/ageeb/

Gegen das europäische Lagersystem:
www.nolager.de www.abschiebehaft.de

Gegen Abschiebung der Flüchtlinge aus dem Libanon
www.libasoli.de

Wie im Flugzeug bei Abschiebungen verhalten?
www.proasyl.de/texte/flugbl/flughafen.htm

Video-Clips zu Abschiebungen:
www.kanalb.org/topic.php?clipld=35

Für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen:
www.thecaravan.org www.thevoiceforum.org

Kein Mensch ist illegal!
www.contrast.org/borders/kein/

Weitere Initiativen:
www.fi-b.net www.kanak-attak.de

Sie suchten das Leben. Suizide als Folge deutscher Abschiebepolitik
Herzog, Heike/Walde, Eva, Hamburg/Münster 2004
Widerstands-Bewegungen.

Antirassismus zwischen Alltag & Aktion
Interface (Hg.), Berlin/Hamburg 2005

Papiere für Alle. Die Bewegung der Sans Papiers in Frankreich
Cissé, Madjiguène, Berlin/Hamburg/Göttingen 2002

Literatur

„Ich habe ja nichts gegen Ausländer, aber es sind einfach zu viele!“

Gegenfrage: Wie viele dürften es denn sein? 100.000? 200.000? Eine Million? Insgesamt oder pro Jahr? Wer entscheidet das und nach welchen Kriterien? Wie viele sind es denn zur

Zeit, die da grade zu viel sind? Und welcher Statistik soll man glauben schenken? Welche AusländerInnen sollen dabei überhaupt mitgezählt werden? Auch die diplomatischen Vertretungen, die FirmenvertreterInnen von japanischen AutoherstellerInnen und die ausländischen SportlerInnen in den diversen Bundesländern?

Aber vermutlich kommt es auf Größenordnungen gar nicht an, sondern nur auf den Eindruck, das es „unheimlich viele“ AusländerInnen gäbe. Schon mal überlegt, wie dieser Eindruck eigentlich entsteht? Vielleicht ja dadurch, das viel zu viele Roma und Ashkali in viel zu kleine Wohnungen im Blümchenviertel gepfercht werden, so das sie froh sind die

verschiedener EU-Länder, abgeschoben werden und in geringerem Maße mit normalen Passagiermaschinen. Dadurch wird das Vorgehen des BGS jeglicher Öffentlichkeit entzogen und Misshandlungen auf dem Flug werden nochmals erheblich erleichtert.

Abschiebung zerstören immer Perspektiven und Lebensentwürfe von Menschen. Selbst der Schutz vor Folter und das Überleben der Betroffenen ist für deutsche Behörden offensichtlich irrelevant, die Verschleppung von Flüchtlingen in Folterstaaten ist an der Tagesordnung. Als lokales Beispiel mag hier der Fall von Zahra Kameli dienen, die Anfang des Jahres in den Iran abgeschoben werden sollte, obwohl ihr dort die Steinigung droht. Erst entschlossener Widerstand durch sie selbst und UnterstützerInnen konnte dies schließlich verhindern. Fehlt diese Unterstützung, sei es durch Zusammenschlüsse von Flüchtlingen und MigrantInnen oder durch andere AktivistInnen, ist erfolgreiche Gegenwehr so gut wie unmöglich. Aufgrund der hoffnungslosen Situation kommt es deshalb immer wieder zu Selbstmorden.

Status: Unerwünscht

Abschiebungen sind nur ein Teil eines vielfältigen Systems zur Bekämpfung von Flüchtlingen und MigrantInnen. Die meisten, die versuchen nach Europa zu fliehen, gelangen gar nicht erst bis hierher. Angesichts der zur Flüchtlingsabwehr hochgerüsteten Außengrenzen der EU, sind Flüchtlinge gezwungen nach immer gefährlicheren Wegen zu suchen, um diese doch noch zu überwinden. Die Folge ist, dass jährlich mehrere hundert Menschen bei diesem Versuch sterben. Kommen Flüchtlinge dennoch bis in die BRD, so greift hier eine weitgehende Entrechtungspraxis. Diese reicht von gekürzten Sozialleistungen, die oft nur in Form von Gutscheinen oder Esspaketen gewährt werden, über die Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf einen Landkreis („Residenzpflicht“) bis hin zum teilweisen Ausschluss von der Gesundheitsversorgung.

Aktiv werden!

Es gibt vielfältige Möglichkeiten sich der rassistischen Praxis entgegenzustellen. Die einfachste besteht darin Gutscheine zu kaufen (siehe nebenstehender Kasten). Wirst du Zeuge einer rassistischen Polizeikontrolle oder, z.B. beim Flug in den Urlaub, einer Abschiebung, so hast du die Gelegenheit einzugreifen. Wenn Passagiere sich weigern sich hinzusetzen, kann ein Flugzeug nicht abheben.

In Göttingen existieren mehrere Gruppen, die kontinuierlich antirassistisch aktiv sind. Über die Internetseite www.abschiebemaschinerie-stoppen.de werden regelmäßig Infos über lokale Bleiberechtskämpfe und Aktivitäten dieser Gruppen veröffentlicht. Dort gibt es auch die Möglichkeit Kontakt aufzunehmen und sich für einen Newsletter einzutragen. Im Zusammenhang mit Abschiebeversuchen finden im Jugendzentrum Innenstadt (JuZI, Bürgerstr. 41) offene Treffen statt, um Informationen weiterzugeben und die Proteste zu koordinieren. Dort sind gerade auch Leute willkommen, die bisher nicht in diesem Bereich aktiv waren.

Eine wichtige Rolle spielt dabei ein komplexes System verschiedener Lager. Die Funktion dieser Einrichtungen besteht darin, die dort untergebrachten Menschen zu isolieren, ihre Abschiebung zu erleichtern bzw. sie soweit zu zermürben, dass sie entweder „freiwillig“ ausreisen oder in die sog. Illegalität abtauchen, wo sie, ohne jede Rechte, hochprofitabel ausgebeutet werden können. Die neueste Entwicklung in diesem Bereich sind (teilweise schon umgesetzte) Planungen für Flüchtlingslager außerhalb der EU-Ausgangsgrenzen, mit denen Menschen auf der Flucht bereits vor dem Erreichen Europas abgefangen und nur einige Wenige nach Verwertbarkeitskriterien für die Einreise ausgewählt werden sollen.

From protest to resistance?

So reibungslos, wie von den Behörden gewünscht, läuft allerdings keine der genannten Maßnahmen ab. Das Gutscheinsystem wird dadurch unterlaufen, dass UnterstützerInnen diese in Bargeld umtauschen, gegen Abschiebungen gibt es Proteste an Wohnorten, Knästen und Flughäfen. Auch in den Lagern kommt es zu immer entschlossenerem Widerstand, im März dieses Jahres zündeten Flüchtlinge die im „Ausreisezentrum“ befindliche Ausländerbehörde in Bramsche-Hesepe an. In welchem Maße diese Gegenwehr erfolgreich sein wird, hängt vor allem davon ab, inwieweit es Flüchtlingen gelingt sich trotz aller Hindernisse und Repression selbst zu organisieren. Es existieren bereits dauerhafte, auch überregionale Zusammenschlüsse von Flüchtlingen, die sich auf verschiedenste Weise ihrer Entrechtung widersetzen. Die Vernetzung und die gemeinsamen Aktionen der AktivistInnen werden allerdings durch rassistische Sondergesetze wie die Residenzpflicht erheblich erschwert. So ist es z.B. für Flüchtlinge in der Regel nicht möglich, legal zu überregionalen Treffen oder Demonstrationen zu reisen. Dar-

über hinaus versuchen die Behörden immer wieder eine kontinuierliche Politik dieser Gruppen zu verhindern, indem sie deren MitgliederInnen abschieben oder versuchen sie einzuschüchtern. Gerade wegen dieser Entrechtung bleibt vorerst auch die Unterstützung durch Leute mit deutschem Pass wesentlich. Da der bestehende Kapitalismus nicht dulden kann, dass sich Menschen in größerer Zahl dem krassesten Elend und der extremsten Ausbeutung durch Flucht entziehen, kann der gemeinsame Kampf letztlich nur einer für eine grundsätzlich andere Gesellschaft sein. no_border@gmx.net

Gutscheine kaufen!

Seit Ende 1998 werden im Landkreis und in der Stadt Göttingen die den Flüchtlingen gesetzlich zustehenden Leistungen (ca. 30% weniger als Sozialhilfe, für die ersten drei Jahre ihres Aufenthalts) in Form von Wertgutscheinen statt als Bargeld ausgegeben. Lediglich 40 € monatlich für den sog. Haushaltsvorstand und 20 € für jede weitere Person werden bar ausgezahlt. Diese Praxis ist entmündigend und diskriminierend und bringt die Betroffenen in extreme Existenznöte. Durch die Gutscheine sind sie sofort als Flüchtlinge erkennbar und es entstehen diverse Probleme. Denn nicht überall und nicht alles kann mit Wertgutscheinen bezahlt werden: z.B. -> Kosten für Anwältinnen und Anwälte, ohne deren Hilfe kein Asylverfahren bestritten werden kann -> Telefonkarten und -rechnungen -> Stromrechnungen -> Briefmarken -> Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel -> ausländische Tageszeitungen -> Kinobesuche, Eis, Pizza ... »Luxusgüter« dieser Art sind für die Betroffenen wohl sowieso nicht bezahlbar ...

Durch den Umtausch von Gutscheinen in Bargeld können Flüchtlinge zumindest über ein bisschen Kohle selbst entscheiden. Gutscheine können in Göttingen an folgenden Stellen gekauft werden, der Einkauf damit ist für euch problemlos möglich:

Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7

Weltladen, Lange Geismarstraße 21

Café Kabale und T-Keller, Geismar Landstraße 19

Rotes Zentrum, Geismar Landstraße 6

JuZI, Bürgerstraße 41

Café im Theologicum

weitere Informationen:

www.soziales-zentrum-goettingen.de/materialien/gutscheine.pdf

Kinder bis spät in die Nacht auf dem viel zu kleinen Spielplatz um die Ecke „zwischenlagern“ zu können?

Was ist eigentlich, wenn sich 1000 Studis um 500 bezahlbare Studi-Wohnungen prügeln? Sind das dann zu viele Studierende oder zu wenig Wohnungen? Natürlich zu wenig Wohnungen, das weiß wohl jede und jeder

von uns. Und wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, wird auch viele leerstehende Gebäude finden, so das es am Platzmangel wohl auch kaum liegen kann.

Es drängt sich also der Gedanke auf, das es wohl nicht einfach zu wenig Wohnraum gibt, weshalb die Zuwanderung eingeschränkt werden müsste, sondern das hier Menschen

schlicht für überflüssig erklärt werden, und deshalb der Wohnraum künstlich knapp gehalten wird.

Literatur zum weiterlesen:

Nichts als Nationalismus. Deutsche Lehren aus Rostock und Mölln. Ein antirassistisches Tagebuch. Huiskens, Freerk: Hamburg 1993

Bist du Deutschland?

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendein neunmal kluger Kommentator dieser oder jener Nachrichtensendung sich mit einer Moralpredigt über die Flimmerkiste ergießt: Sie erzählen uns, wie wichtig es doch zu betonen sei, dass wir jetzt einmal „alle anpacken“ müssten, ja jeder „seinen Beitrag leisten“ müsse, um „unser Land“ endlich wieder voran zu bringen. Auch das Vokabular wird immer eindeutiger: Von „Stolzsein auf Deutschland“ und „nationaler Verantwortung“ ist da die Rede.

Auch die Politik entblödet sich nicht, jedes Argument für oder gegen dieses oder jenes Konzept über den Nutzen für den heiligen „Standort Deutschland“ zu vermitteln: Hartz IV und ALG II, Studiengebühren, der Bachelor und Billiglöhne, das alles mag zwar für den/die Einzelne ein wenig unangenehm sein, aber wenn es „für's Vaterland“ nunmal sein muss, stehen die Bedürfnisse des/der Einzelnen nunmal hinten an. „Besitzstandswahrer“ und „ewig Gestrige“, so lautet dann die Bezeichnung für diejenigen, die nicht so recht in die nationalistische Duselei mit einsteigen wollen.

Für den erneuten organisierten Angriff auf die noch nicht vollständig in Euphorie für das gelobte Vaterland aufgelösten Teile der Bevölkerung rüsten sich jetzt die deutschen Medienunternehmen von ARD über Springer bis Bertelsmann in Verbund mit einer Sammlung von Prominenten mit der nach eigenen Angaben „größten Social Marketing Kampagne in der deutschen Mediengeschichte“: „Du bist Deutschland“, so der idiotische Slogan der Kampagne, die mit einem Volumen von 30 Millionen Euro „Motivation durch Gefühle“ (Western Star) und „Optimismus, Veränderungsbereitschaft, Kreativität und Spaß“ (Axel Springer) in die Bevölkerung streuen soll.

Wozu das Ganze? Damit die Stimmung entsteht, „wenn nötig auch auf Privilegien verzichten“ (Edgar Medien AG im Medien-Infopaket). Wir sollen uns also eins fühlen mit dem Konstrukt von der Nation, diesem Deutschland. Im Rausch von „Optimismus“ und bedingungsloser Liebe zum geliebten Lande werden die persönlichen Leiden dann auch gar nicht mehr spürbar und jede soziale Schweinerei völlig bedeutungslos: Ich bin schließlich nicht mehr ich, ich bin Deutschland. Geht es Deutschland gut, geht es mir gut. Auch wenn ich eigentlich gerade bis zum Erbrechen in Billigjobs rackere, mein Studium wegen zu hoher Studiengebühren abbreche oder im Arbeitsamt um ein paar Cent ALG II bettele – „Das Leben schmeckt halt nicht nach Zuckerwatte“ (aus dem Manifest der Kampagne).

Warum aber nun gerade das sinnvoll sein soll, wird dabei nicht ver-raten. Stimmig soll es schlicht dadurch werden, dass es so lange wiederholt wird, bis alle in den Taumel mit einstimmen. Es knüpft dabei an ein in der bürgerlichen Ideologie tief verankertes nationalistisches Weltbild an, also an die Vorstellung, dass sich die Menschheit natürlicher- oder zumindest sinnvollerweise in viele große „Völker“, „Nationen“ oder „Standorte“ aufteilt, innerhalb derer es zwar vielleicht ein paar Streitigkeiten gibt, aber man, wenn es drauf ankommt, doch kollektiv füreinander gegen den Rest der Welt Gewehr bei Fuß steht: Da soll sich also eine ALG II-Bezieherin mit dem erfolgreichen Top-Manager solidarisch fühlen, weil dieser nicht zufällig ein paar Kilometer weiter hinter der Grenze geboren wurde. Dabei sollte man meinen, dass diese Nationalstaaten, die erst im 18. Jahrhundert entstanden sind, bereits spätestens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu Genüge bewiesen haben sollten, dass diese Idee besser ganz schnell wieder auf den Müllhaufen der Geschichte gehört.

Für diejenigen, deren Individualität sich noch nicht in einem Konstrukt „Volk“ oder „Nation“ aufgelöst hat, kann in diesem Sinne nur der Umkehrschluss gelten: Wenn es „für die Nation“ notwendig ist, seine individuellen Interessen dermaßen einzuschränken, dann gehört die Nation eben abgeschafft. patrick@winvok.de

Auslese im Tanzlokal Alpenmax

Rassismus gibt es nicht nur bei der NPD. Das müssen z.B. Menschen feststellen, deren Aussehen als „nicht deutsch genug“ eingeordnet wird, wenn sie Discos oder bestimmte Kneipen besuchen möchten. In dieser Hinsicht hat sich in Göttingen das Tanzlokal Alpenmax einen besonderen Ruf erworben, wenn es damit auch nicht ganz allein da steht.

Schon seit Jahren ist für viele die Party bereits vorbei, bevor sie das Lokal überhaupt betreten haben. Vor einigen Monaten hat es das Alpenmax damit sogar bis auf die Titelseite der Wochenzeitung *Blick* gebracht: Der *Blick* (vom 28. Mai 05) berichtete von einem 18-jährigen dunkelhäutigen Abiturienten. Er musste draußen bleiben, während seine weißen MitschülerInnen problemlos von den Türstehern vorbei gelassen wurden.

Laut *Blick* (vom 5. Juni 05) war die Resonanz

tigen Marokkaners, der mit 13 ArbeitskollegInnen die Discothek betreten wollte. Auch er sollte draußen bleiben. Im Februar 2004 blieben dem Marokkaner zusammen mit Bekannten schon einmal die Türen des Alpenmax verschlossen. Damals hieß die Begründung, sie seien keine Stammgäste. Als sie dies kritisierten, wurde prompt ein Hausverbot ausgesprochen, was nun als Begründung herangezogen wurde, sie diesmal nicht hinein zu lassen.

Die Fülle der Mails und Anrufe beim *Blick* verweisen darauf, dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle handelt. Vorfälle dieser Art in Göttingen waren auch vor der Berichterstattung des *Blick* weitreichend bekannt: Beim online-Magazin *Goettinger Stadtinfo* (goest.de) findet sich z.B. eine Sammlung von Berichten auch aus dem *Savoy* und dem *Pflaumenbaum* (www.goest.de/discos.htm).

auf den Artikel enorm:

Zahlreiche Anrufe und E-Mails gingen bei der Redaktion ein, die von ähnlichen Vorfällen berichteten. Wie z.B. den eines dunkelhäu-

So wird für viele Jugendliche ausländischer Herkunft ein simpler Besuch einer Göttinger Disco zu einer Erfahrung des alltäglichen Rassismus in Deutschland, der für sie bittere Normalität darstellt. Auch ohne NPD und Nazis.



„Das sind doch alles Asylbetrüger und Wirtschaftsasylanten!“

Dieses Argument lebt von einer Unterscheidung in „politische“ und „wirtschaftlichen“ Fluchtgründe. Die stellt sich in der Praxis jedoch als schwierig heraus. Die Lebensmittel-

produktion ist weltweit groß genug, um alle Menschen zu ernähren - zumindest theoretisch. Politisch sieht das anders aus: da gibt es Hunger und ein Leben auf Müllkippen. Natürlich geht es den Menschen, die vor Hunger oder Naturkatastrophen fliehen, immer um ihre „wirtschaftliche Lage“. Nur fällt die ja nicht vom Himmel, sondern ist immer politisch gemacht. Egal ob es um die Zunahme von Naturkatastrophen geht oder darum, dass die Wanderung aus Trockengebieten durch die unglücklich gezogenen na-

tionalstaatlichen Grenze nicht mehr möglich ist. Egal, ob am elenden Leben die politisch durchgesetzte Einführung von Patenten oder die Agrarpolitik der Industrieländer schuld sind - deutschen Gerichten ist das egal.

Für sie ist das alles wirtschaftlich. Richtig „politisch“ wird es für sie erst, wenn die politische Gewalt des jeweiligen Herkunftslandes direkte körperliche Gewalt gegen den Flüchtigen ausübt. Da ist Elend eben nicht gleich Elend, da zählt Knast mehr als Müllkippe.

Literatur zum weiterlesen:

Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität
Hobsbawn, Eric J, Frankfurt/New York 2004

Stammgäste des Alpenmax: Die Reaktion des AStA

Keine Probleme mit den Türstehern werden wohl die Mitglieder des ADF-RCDS-AStA haben: Die ADF finanziert sich seit langem schon ihre Publikation (*Der Wadenbeißer*) mit einer großen Werbeanzeige des *Alpenmax*. Doch „rein geschäftlich“ ist die Beziehung keineswegs: Regelmäßig finden Parties der ADF dort statt.

Auch die AStA-Zeitung *asta revista* ist mit einer Anzeigenseite verziert. Der einzige Anzeigenkunde: Das *Alpenmax*. Auf die schon länger erhobenen Vorwürfe gegen ihr Lieblingstanzlokal zu reagieren hielten ADF und RCDS nicht für nötig. Leicht waren diese als Geschwätz „der paranoiden Linken“ abgetan. Aber auch die Thematisierung des *Alpenmax* in der bürgerlichen Presse (*Blick*) war für den AStA keineswegs ein Grund.

Erst ein Antrag der Grünen (GHG) im Studierendenparlament zwang sie dazu, sich zu positionieren. Dieser sah vor, den AStA dazu zu bewegen, keine weiteren Werbeanzeigen des *Alpenmax* abzdrukken, solange sich an deren Selektion an der Eingangstür nichts ändert. Selbstverständlich lehnten ADF und RCDS den Antrag mit ihrer Stimmenmehrheit ab.

Der AStA-Vorsitzende *Andreas Sorge* (ADF) begründete diese „Entscheidung“ zunächst damit, dass keiner der Berichte „bewiesen“ sei. Er wartet wohl erst auf ein wasserdichtes gerichtliches Urteil, bis er für ein offensichtlich rassistisch auftretendes Etablissement keine Werbung im Namen der Studierendenschaft mehr macht, obwohl dies nicht einmal eine offizielle Bewertung des Falls bedeu-

ten würde. Später kam das Argument hinzu, dass es keine anderen Anzeigenkunden gäbe und man vertraglich gebunden sei. Mit Blick auf das Budget von über 30.000€, dass der AStA für seine Hochglanz-Zeitung bereitstellt, scheint allerdings das Finanzielle eher ein vorgeschobenes Argument zu sein.

Jedenfalls schafft es die ADF wieder einmal, sich mit ihrer Formalien-Reiterei aus der Affäre zu ziehen. Möglicherweise denkt *Andreas Sorge* tatsächlich, dass ihm als AStA-Vorsitzender die Hände gebunden seien. Wie bereits öfters¹ zeigt sich auch hier wieder die Gefahr, die in der Form-Fixiertheit der ADF steckt: Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem eigentlich Gegenstand findet gar nicht mehr statt. Es ist nicht entscheidend, ob es um Rassismus oder um Cocktail-Parties geht. Es ist gar nicht wichtig, ob der Technokrat *Sorge* rassistische Praxis verurteilt oder nicht. Wichtig sind nur die formellen Zuständigkeiten und Rechtsnormen, die als neutral vorausgesetzt werden und sich damit ohnehin jeder Kritik entziehen. Und an diesen orientierend will es dann nachher wieder niemand gewesen sein und nichts gesehen haben. In der Tat: Niemand vom AStA will persönlich dieses oder jenes, alle haben nur getan, was ihrer Rolle gemäß zu tun oder eben zu lassen ist. Genau das aber ist ein wichtiger Wesenszug jenes autoritären Charakters, der eines der Bestandteile für das Funktionieren von solchen Gesellschaftsformen darstellt, gegen die es am 29.10 auf die Straße zu gehen gilt. patrick@winvok.de

¹) Z.B. hielt die ADF Bündnisse mit Protesten gegen Sozialabbau im Allgemeinen, dessen Bestandteil eben auch Bildungsabbau ist, letztlich für nicht durchführbar, da dies eine „allgemeinpolitische“ Ausrichtung wäre, für die der AStA als Studierendenvertretung nicht zuständig sei. So rief der AStA z.B. nicht zu einer Anti-Studiengebühren-Demo in Hannover auf, weil eine nicht-studentische Organisation daran beteiligt war (der DGB).

Die ADF hielt das Studierendenparlament für nicht zuständig, sich gegen den Besuch des Antisemiten *Günzel* auszusprechen. Obwohl die Burschenschaft *Holzmind* diesen eingeladen hatte, befanden ADF und RCDS, dass Verbindungen keine studentischen Organisationen seien. (Siehe BB-Zeitung #1, www.bb-goettingen.de/?npage=111)

Gegen das Plakatierverbot

Am Anfang dachten alle, es wäre ein Scherz. Als vor ein paar Jahren im Göttinger Tageblatt von dem Ansinnen des hiesigen Oberbürgermeisters *Jürgen Danielowski* zu lesen war, er wolle das Plakatieren in der Innenstadt unterbinden, mochte niemand so recht an die Umsetzung glauben. Nach *Danielowskis* Vorstellungen sollten sich die BürgerInnen als KundInnen zum Shoppen animiert fühlen, die Konsumtempel sollten in strahlender Schönheit die Wahrheit von Geld und Ware verkünden. Mittlerweile ist aus dem Wahn Realität geworden. Überall herrschen Sauberkeit und Ordnung. Eine richtige deutsche Stadt.

Und wie das so ist, bleibt in aller Regel auch die Uni von solchen Entwicklungen nicht verschont. Genauso wie der Wahn von Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung bereits an der Uni Einzug gehalten hat, soll die Ausweitung der Marktgesetze nun auch hier von Sauberkeit und Ordnung sekundiert werden. Eine richtige deutsche Uni.

Zunächst waren es die diversen Plakatierverbote, die die Verbreitung studentischer Informationen erschwerten. Dass das Innere der universitären Gebäude nicht mit Plakaten verschönert wird, verwundert ehemalige Studis bei jedem Besuch in unserer Uni. Die auf diese Weise für soziale, studentische, politische und kulturelle Zwecke nutzbaren Flächen werden immer mehr eingeschränkt. Was für das Theologicum schon lange galt, wird seit einem halben Jahr auch verschärft im Sozio-Oeconomicum durchgezogen: sichtbare Plakate werden abgerissen, wer etwas aufhängen will braucht für jedes einzelne Plakat eine gesonderte Genehmigung.

Der Widersinn darin sollte nicht übersehen werden: einerseits ist von Deregulierung und Entbürokratisierung die Rede, andererseits muss wegen jedem Plakat ein unglaublicher Aufwand betrieben werden. Eine weitere Perfiderie am Rande: eingeführt wurde diese Regelung nach einem Gespräch von Unileitung und dem AStA-Vorsitzenden. Dafür an dieser Stelle noch mal ein herzliches Dankeschön.

Was da bleibt, ist nur ein verstärktes Verteilen von Flyern und Flugblättern. Da allerdings ist das Studentenwerk vor. Das Studi-Werk, einst als Selbsthilfeorganisation der Studierendenschaft gegründet, hat neuerdings das Verteilen von Flyern im Mensa-Foyer untersagt. Damit es auch dort sauber und ordentlich werden kann, darf nur noch Zettel verteilen, wer vorher dafür zahlt. Warsteiner hat die Kohle - studentische oder gemeinnützige Organisationen oft nicht. Das mit solchen Maßnahmen gleichzeitig jegliches studentische Flair, jedes Überbleibsel von der Uni als Lebensraum zerstört wird, steht allerdings nicht auf einem anderen Blatt - sondern auf dem selben.

Wo wir gerade bei „Lebensraum Uni“ sind: Vor einigen Jahren war es für studentische Organisationen noch recht gut möglich, sich durch Parties an der Uni zu finanzieren.

Mittlerweile ist aber auch die Anmietung von universitären Räumen derartig verkompliziert und verteuert worden, dass das Basisdemokratische Bündnis beispielsweise mehr und mehr auf außer-universitäre Locations umzusteigen beginnt. Gleichzeitig finden aber kommerzielle Parties in dichtem Takt in Mensa-Foyer und ZHG statt.

Die Business-Uni umfasst eben alles gleichermaßen: schlechtere Studienbedingungen, schlechteren Informationsfluss und teurere Parties.

juli.bierwirth@web.de

„Die sind doch alle Kriminell“

Manchmal ist zu lesen, AusländerInnen wären krimineller als Deutsche, deshalb müssten diese ganz schnell abgeschoben werden. Das Bundeskriminalamt (BKA) verweist an dieser Stelle auf zweierlei: einerseits gibt es Verbrechen, die nur von AusländerInnen begangen werden können (Verstoß gegen Ausländer- und Asylgesetzgebung). Andererseits gibt es unterschiedliche soziale Gruppen, die nachgewiesener Weise besonders häufig kriminell sind: junge Menschen, Männer, Leute als städtischen Bal-

lungsgebieten, Leute als sozial schwachen Schichten. Wenn der Anteil der AusländerInnenkriminalität auf die jeweiligen Risikogruppen heruntergebrochen wird, dann ist wieder alles im Schnitt. Bleibt nur die Frage, warum die Daten gesondert ausgegeben werden. info@bb-goettingen.de

Literatur zu den Argumenten:

- Die Erfindung der Nation.
FAnderson, Benedict, Frankfurt/New York 2005
- Textsammlung mit Antifaschistischen Klassikern:
<http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr.htm>
- Info-Portal zu Rassismus und Antisemitismus:
<http://www.burks.de/nazis.htm>

Termine in den nächsten Wochen

Termine zu (Anti-)Rassismus und im Vorfeld des Nazi-Aufmarsch findet ihr auf Seite 5.

Samstag, 5. Oktober 2005 - JuZI, Bürgerstraße 41

Party: Highheel QUEERulanten rocken Nazis in die Schranken!

LesBiSchwule Party gegen Rechts von Linksmasche und dem <ak gender>

Mittwoch, 20. Oktober 2005, 13:00 - ZHG 008

Informationsveranstaltung zu Studiengebühren

Allgemeine Info-Veranstaltung zu Studiengebühren.

Montag, 24. Oktober 2005, 19:00 - Theologicum, T03

Zukunftsvertrag, Studiengebühren, Hochschulreformen

Welche Grausamkeiten kommen auf uns zu?

Offene Fragen? Kritik? Interesse an vertiefenden Informationen? - *Schwerpunktthema soll am 24.10. der Zukunftsvertrag (Siehe Seite 1-2), Kürzungen an den Hochschulen, Umstrukturierungen der Hochschulen sowie die Einführung allgemeiner Studiengebühren sein.*

Mittwoch, 2. November 2005. 19:00 T03

Rassismus & Deutsche Abschiebepolitik

Diskutiert mit uns über die Artikel in dieser Ausgabe! *Schwerpunktthema soll am 2.11. Rassismus und die deutsche Abschiebepolitik sein. Es werden auch VertreterInnen des AK Asyl anwesend sein.*

Wochenende, 4.-6. November 2005 - Flensburg

Nordnetz - Norddeutschlandweites Vernetzungstreffen

weitere Infos auf www.nixbildungsabbau.de

Mittwoch, 9. November - EinsB, Nikolaistraße 1b

BB-Party im EinsB!

Das Basisdemokratische Bündnis lädt zur Party im EinsB!

regelmäßige Termine:

jeden Mittwoch, 18:00 - Treffen auf dem Campus vor dem Café Central

Studierende für eine aktive Uni (SaU)

Offene Aktionsplattform gegen Studiengebühren und Bildungsabbau

jeden Montag, 20:00 - Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72-73

Inhaltliches Treffen der SaU

Wöchentliches Treffen zur Erarbeitung von Hintergründen und Fakten zum Thema Studiengebühren und Bildungsabbau im Kontext politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und historischer Entwicklungen und Tendenzen in Deutschland und international.

jeden Montag, 20:30 - KOZ-Raum in der Geologie

Norduni aktiv!

Offene Plattform der Norduni gegen Studiengebühren

jeden Dienstag, 18:00 - Öconomicum, K53

Plenum des Basisdemokratischen Bündnisses

Die entscheidende Arbeit des BB findet im Plenum statt. Interessierte und Neuzugänge sind immer willkommen.

Weitere Informationen zu den Terminen gibt es auf unserer Homepage www.bb-goettingen.de

Studentenwerk gegen Selbstverwaltung

Ärger mit dem Studentenwerk haben allerdings nicht nur die diversen studentischen und gemeinnützige Organisationen (siehe Seite 9 „Gegen das Plakatierverbot“). Auch die MieterInnen der studentenwerkseigenen Wohnungen am Kreuzberggring sind immer neuen und stärkeren Gängelungen ausgesetzt. Das Studi-Werk hat sich scheinbar in den Kopf gesetzt, die zur Zeit bestehenden Wohnbedingungen zu Ungunsten der Studierenden zu verändern. Könnten sich die Wohngemeinschaften bislang noch ihre neuen MitbewohnerInnen aussuchen, so sollen diese demnächst zentral zugewiesen werden. Ebenso soll die bislang gegebene Möglichkeit, die AnbieterInnen für Strom und Gas selber auszuwählen, zugunsten einer zentralen Lösung abgeschafft werden. Dass es vielen BewohnerInnen wichtig ist, Öko-Strom zu beziehen, spielt dabei keine Rolle mehr. Die sozialen und ökologischen Aufgaben des Studi-Werkes werden so durch autoritär-antidemokratische Willkürentscheidungen ersetzt. Ähnlichkeiten mit aktuellen Entwicklungen an der Uni sind selbstverständlich reiner Zufall.

Besondere Brisanz bekommt diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Geschichte dieser Häuser. Im Rahmen studentischer Proteste gegen zu hohe Mieten und zu wenig Wohnraum, bei gleichzeitigem Leerstehen vieler alter Häuser wurden die Häuser am Kreuzberggring in den 70ern besetzt. Später wurden sie dann vom Studentenwerk übernommen und in selbstverwaltete Wohnheime umgewandelt. Ohne die Courage von StudentInnen, die für selbstbestimmtes Wohnen gekämpft haben, wären die Häuser damals im Rahmen eines geplanten Ausbaus des Kreuzberggringes für eine vierspurige Durchgangsstraße abgerissen worden.

Chriskrauss@gmx.de

Impressum:

Basisdemokratische Bündnis Nr. 6

Auflage: 7000 Stück

Kontakt: info@bb-goettingen.de

Web: www.bb-goettingen.de

V.i.S.d.P. Alexandra Ryll

BB
Party
Mittwoch
9.11.
einsB
Nikolaistr. 1b

Studiengebühren Bachelor/Master-Kritik Bildungspolitik & Gesellschaft Studierenden-Proteste

+++ Analyse ++ Kritik ++ Aktion! +++
Basisdemokratisches Bündnis

Besucht unsere Homepage:
Das Info-Portal für Bildungskritik!
unter:

Basisdemokratie Antirassismus & Antifaschismus Politik & Wahnsinn Uni Göttingen vieles mehr...

BB www.bb-goettingen.de